

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 25.

Leipzig, den 20. Juni.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolge am Markt, G. Reichert Hainstraße 27, G. Hofmann Brühl 40, G. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes G. W. Bollrath Windmühlenstr. 14. Für Dresden Filiale Expedition F. W. Grelmann Wallstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London.

Mit Nr. 26 schließt das zweite Quartal unseres Wochenblattes, und wir bitten die geehrten Abonnenten, die Bestellungen auf das neue Quartal rechtzeitig zu bewirken, damit die Zusendung des Blattes keine Unterbrechung erleide.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Rede des Reichstags-Abgeordneten Liebknecht. — Polen und der Rote Prinz. — Programm der amerikanischen Republikaner für die bevorstehende Präsidentenwahl. — Weiße Sklaven. — Aus England. — Aus Amerika.

Politische Uebersicht.

„Es scheint mir evident, daß der Status quo nicht lange dauern kann: entweder müssen wir dazu gelangen, mit dem Norden eine viel engere Verbindung einzugehen, als diejenige, welche durch die Offensiv- und Defensiv-Allianz-Verträge hergestellt ist; oder wir müssen im Gegenteil mit ihm auf eine vollständige und eklantante Weise brechen. Es giebt keine dritte Verfahrensweise.“ So soll Herr von Barnbüler, der württembergische Ministerpräsident, sich nach seiner Rückkunft vom Berliner Zollparlament geäußert haben. Ob die Worte wirklich gesprochen wurden, können wir nicht wissen; jedenfalls enthalten sie eine Wahrheit, nur nicht scharf genug ausgedrückt. Entweder verschlingt Preußen das noch übrige Deutschland, oder der Nordbund geht unter — das ist die Alternative. Der Nordbund ist nicht lebensfähig, er bezeichnet bloß eine Uebergangsstufe, und muß entweder sich selbst zerstören, indem er die zweite Hälfte Deutschlands erobert, oder — sei es durch innere Fäulnis, oder einen Stoß von Außen — auseinanderfallen. Nicht „engere Verbindung“ oder „eklantanter Bruch“, ist das Dilemma für den Südwesten Deutschlands, sondern Einverleibung in Preußen, oder Sturz Preußens. Für den Augenblick hat der Nordbund nicht die Macht, erobernd vorzugehen, und wenn es den preussischen Staatsmännern nicht gelingt, ein Abkommen mit Frankreich zu treffen, ein zweites Biarritz in Szene zu setzen — dann wird aller Voraussicht nach schon die nächste Zukunft den Zusammenbruch des Bismarckschen Werks bringen.

In Südwestdeutschland beschäftigt man sich jetzt stark mit der Bildung eines Südbunds. Die „Demokratische Correspondenz“ befürwortet einen demokratischen. Ob derselbe möglich, wollen wir hier nicht erörtern; so viel ist gewiß, wenn er hergestellt würde, hätte der „Norddeutsche Bundesläsig“ bald keine Ansassen mehr.

Mittlerweile ist die Luxemburger Frage ins zweite

Stadium eingetreten. Erst galt es, das deutsche Grenzland mit seiner uneinnehmbaren Feste von Deutschland abzureißen; nun beginnen die Vorbereitungen zur Annexion an Frankreich. Daß ein Blatt gegründet wurde, ausschließlich, um die Annexion anzubahnen, wurde schon früher erwähnt. Jetzt erfahren wir bereits von annexionistischen Demonstrationen. Unter andern wird folgende Proklamation verbreitet:

„Luxemburger! Liebe Landsleute! Erwacht aus eurem Schlummer! Erhebt euch und erklärt vor Europa, daß die euch bereitete Lage nicht mehr zu ertragen ist. Preußen, welches ihr verabscheut, geizt nach euch. Weist die falschen Patrioten zurück, die unter der Maske der Autonomie euch die Annexion an Preußen predigen. Frankreich, welches ihr alle liebt, ruft euch zu: Arbeiter! Brüder! Frankreich giebt euch Arbeit und allgemeines Stimmrecht! Grundbesitzer! Frankreich wird euer Eigentum der Entwertung entheben! Familienväter! Frankreich wird alle eure Kinder in den Rang seiner großen und reichen Familie aufnehmen. Luxemburger! Erhebt euch! Die Falten der glorreichen Fahne eurer Väter werden eure Heerde und eure Stätten beschützen! Seit langer Zeit duldet ihr Schweigen! ... Redet, handelt! Die Neutralität ist die Verläugnung des Vaterlandes. Verräther haben zu euch, ohne uns zu kennen, gesprochen. Preuße oder Franzose, es muß darüber eine Nationalabstimmung stattfinden. Es lebe die Politik des Königs! Es lebe Frankreich!“

An sich wären das harmlose Späße; aber wir müssen bedenken, daß Graf Bismarck 1865 in Biarritz war, und daß die Annexion von Savoyen und Nizza genau unter denselben Vorbedingungen und in derselben Weise durchgeführt wurde. Die Einverleibung Luxemburgs in Frankreich ist einfach unvermeidlich, wenn zwischen Frankreich und Preußen Friede bleibt. —

Der Landesauschuß der Volkspartei in Württemberg hat für die bevorstehenden Kammerwahlen ein Wahlauschreiben an die Mitglieder der Partei erlassen. Dasselbe enthält ein schon unterm 10. Mai an eine große Anzahl Parteigenossen versandtes Wahlprogramm, zu dem bereits so viele zustimmende Erklärungen eingelaufen sind, daß anzunehmen, die große Mehrzahl der Volkspartei sei mit den darin entwickelten Grundsätzen einverstanden. Das Programm spricht zunächst aus, daß der Sieg bei den Zollparlamentswahlen durch einen zweiten Sieg bei den Landtagswahlen vervollständigt werden müsse. Der einfache Schlachtruf: Kein Preuße! genüge jedoch diesmal nicht, es gelte vielmehr, den Gedanken, welcher das Botum vom 24. März beherrscht habe, nun nach allen Seiten zu

entwickeln; aus der das gewaltsame Werk von 1866 verneinenden Abstammung müßten deren positive Folgerungen gezogen und als Forderungen des Volkes aufgestellt und durchgeführt werden, sowohl hinsichtlich des Verhältnisses zum deutschen Vaterlande, als in des württembergischen Landes inneren Angelegenheiten. Die Verneinung des Anschlusses an den Nordbund leite nothwendig zur Förderung des Südbundes. In der gegenwärtigen Vereinzelnung, welche die Südstaaten national und international einflußlos und wehrlos mache, dürften die Südstaaten nicht länger verharren. Die Fortdauer der Isolierung führe nothwendig entweder zur Unterwerfung durch Preußen oder zu einem traurigen dynastischen Partikularismus. „Das Volk der Südstaaten“, so heißt es, „muß verlangen eine Centralgewalt mit parlamentarischer Vertretung, welche über den einzelnen Regierungen steht, und eine gemeinsame Militärverfassung, um sowohl den übrigen Theilen Süddeutschlands, als namentlich einem etwa einmischungsjüchtigen Ausland gegenüber die natürliche Macht zu entwickeln, welche der geeinigten Süden besitzt. Damit die innere Freiheit nicht unter der militärischen Zusammenfassung leide, muß diese auf volksthümlicher Grundlage nach Art des schweizerischen Milizwesens geschaffen werden. Mit dem Bestand des Südbundes ist allerdings derjenige eines einzelnen Schutz- und Trugbündnisses mit Preußen, welches zudem in Württemberg die ständische Zustimmung nicht auf verfassungsmäßigem Wege erhalten hat, sowie die fernere politische Ausbeutung des Zollvereins zu partikular-preußischen Zwecken unvereinbar. Aber der Südbund bietet jetzt das einzige ehrliche Mittel, das zerrissene und dreigetheilte Deutschland ohne Anwendung der Gewalt so weit wieder zu einigen, daß wenigstens die Unversehrtheit desselben gegen Angriffe und die Selbstbestimmung der Nation gegen Einmischungen von außen gesichert wird. Die zum Zusammenhalt der Nation nothwendigen Maßregeln können durch die Volksvertretungen des norddeutschen und süddeutschen Bundes und des deutschen Oesterreichs gemeinsam ausgeführt werden.“ Wer nicht in diesem Sinne zu wirken klar und bündig verspreche, der dürfe die Stimmen der Wähler nicht erhalten. Vor Allem aber sei an einem festzuhalten: an der Forderung der Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung, verbunden mit kurzer Präsenz und militärischer Jugendvorbereitung. Diese Frage werde die Kandidaten der Volkspartei unbedingt unterscheiden von denen der Regierungspartei. Eine weitere Verschiedenheit zwischen dieser und dem Volk bestehe hinsichtlich der Reform der Verfassung. Diese dürfe durchaus nicht länger vertagt werden, wenn der Staat Württemberg in innerer Freiheit und in guten Einrichtungen die wirksamste Schutzwehr gegen äußere Gefahren finden solle. Die Regierung habe, statt das Gesetz vom 1. Juli 1848 wieder herzustellen, in den letzten Wochen der abgelaufenen Landtagsperiode den Entwurf eines Verfassungsgesetzes vorgelegt, der weit zurückbleibe hinter dem, was vor zwanzig Jahren bereits gültiges Gesetz in Württemberg gewesen sei. Es werden dann die Forderungen für die Verfassungsrevision aufgestellt und zwar wird verlangt: volle Rechtsgleichheit, Aufhebung aller Privilegien der Geburt des Standes und Berufes — Einführung des Einkammersystems — für die Volksvertretung das Recht der Initiative und das Recht, parlamentarische Untersuchungen anzustellen —, Redefreiheit der Abgeordneten —, kurze ständische Perioden. Es wird dann auf die Entfernung verschiedener Bestimmungen aus dem Wahlgesetz gedrungen, welche das allgemeine direkte Wahlrecht bedrohen. Ferner fordert das Programm Reorganisation der Verwaltung und Reform des Gemeindefwesens. Zum Schluß heißt es: „Die Landtagswahlen sind daher nicht bloß, wie neulich die Zoll-

parlamentswahlen, auf Männer zu lenken, welche gegen die von Preußens Vergrößerungs- und Herrschaftsucht drohenden Gefahren Widerstand zu leisten versprechen, sondern diesmal wesentlich auch auf solche, welche von der Regierung durch Charakter, wie durch Stellung gänzlich unabhängig sind. Es darf kein Staatsdiener im engeren Sinn gewählt werden, die Erfahrung warnt vor allen Beamtenwahlen, und das Landeskomité erklärt zum Voraus, daß es jeden Vorschlag eines Staatsdieners ohne Ausnahme aufs entschiedenste bekämpfen wird.“ An dieses Programm, welches wir freudig begrüßen, ist noch eine Ansprache an die „Männer der Volkspartei“ geknüpft, in welcher dieselben gebeten werden, mit der Wahl der Vertrauensmänner, den Vorbereitungen zur Aufstellung der Kandidaten in Partei-Versammlungen und der Abhaltung öffentlicher Wahlversammlungen ungesäumt vorzugehen; vor allem aber die zur Wahl neuberechtigten Bürger über die Bedeutung dieses Rechts und die nöthigen Schritte zur Ausübung desselben zu verständigen. —

Aus Sachsen eine kleine Illustration zu dem norddeutschen Fremdenpolizei- und Freizügigkeitsgesetz, jenem Messer ohne Klinge, welchem der Stiel fehlt, auf welche Errungenschaft die Nationalliberalen so stolz sind. Ein Arbeiter von Thurm begiebt sich nach dem nur 2 1/2 Stunde von dort entfernten Meerane. Dort wird er, wie er sich die Bücher in dem Schaufenster der Leihbibliothek betrachtet, von einem Polizeibeamten nach seiner Legitimation befragt, und da er eine solche natürlich nicht bei sich hat, verhaftet. Auf dem Rathhause ließ man einige Briefe, die er bei sich hatte, und sein Lieferbuch gelten. Er wurde entlassen, aber mit der Drohung von Seiten des Polizeibeamten, daß man ihn einsperren würde, wenn er es sich einfallen ließe, in der Stadt „herumzuschwiebeln“. —

Die orientalische Frage ist plötzlich durch die Ermordung des Fürsten Michael von Serbien in den Vordergrund gedrängt geworden. Auf einem Spaziergang wurde der Fürst überfallen und nebst seiner Nichte niedergeschossen. „Die That“, schreibt die „Frankfurter Zeitung“, „scheint das Resultat einer Verschwörung zu sein, die sich zu Gunsten der Familie Georgewich gebildet hatte. Die Rivalität zwischen dieser Familie und derjenigen der Obrenowich ist alt. Sie datirt aus den ersten Zeiten des serbischen Unabhängigkeitskrieges. Zwei Männer, Czerny Georg, ein Sauhirt, und Milosch Obrenowich, ein Ochsenknecht, waren in den ersten Jahren unsers Jahrhunderts die Seele der Rebellion gegen die Türken. Czerny Georg schwang sich zum Oberbefehlshaber und zum Herrscher empor, hielt sich bis zum Jahre 1815, mußte dann aber, von den Türken aufs neue bedrängt, von den Russen verrathen, von seinem Unterfeldherrn Milosch Obrenowich betrogen, sich auf österreichisches Gebiet werfen. Milosch bemächtigte sich bald darauf der Herrschaft und ließ sich, nachdem er den zurückgekehrten Czerny meuchlings aus dem Wege räumen lassen, zum erblichen Fürsten wählen. Damit war die Dynastie der Obrenowich inaugurirt. Der habgüchtige, brutale und liederliche Stifter saß ungestört auf seinem durch den Meuchelmord begründeten Throne bis 1839, dann zwang ihn die Volksvertretung des Landes, die Skuptschina, zur Abdankung; sein ältester Sohn Milan genoss der Freude des Herrschens nur ein paar Wochen, der jüngere Sohn Michael etwa nur drei Jahre: 1842 mußte der Letztere vor der Verschwörung die Flucht ergreifen. Der Sohn Czerny Georg's, Alexander Kara Georgewich, ward auf den Thron berufen. Von 1842 bis 1858 dauerte dessen Regiment, das als ein verhältnißmäßig verständiges und reformfreundliches gerühmt wird. Es fiel unter den Intriguen Rußlands. Alexander hielt im Krimkriege strenge

Neutralität, und das Petersburger Cabinet, das auf die süd-slawischen Völkerschaften gezählt, rächte sich für seinen Irrthum und für den Verlust des ausschließlichen Protectorats über Serbien, den ihm der Pariser Frieden eintrug, an dem Fürsten. Unter russischem Einfluß brach eine Conspiration aus, die den Georgewich zur Flucht nöthigte, und den Obrenowich von neuem auf den Thron rief. Der alte Milosch kehrte zurück, starb als Fürst und vererbte den Thron auf seinen Sohn Michael, denselben, der im Jahre 1842 vertrieben war. Dieser Michael ist es, der am 10. Juni ermordet wurde. Ist die Blutthat wirklich im Interesse der Georgewich-vollzogen, so können die Obrenowich sich nicht gar zu sehr beklagen; es ist das „Auge um Auge“, „Zahn um Zahn“, das in halbcivilisirten Ländern zu walten pflegt: der Sohn des Mörders von Czerny Georg hat gebüßt für die Frevelthat des Vaters, und die pathetische Erklärung des serbischen Regierungsblasses: „Das Haupt eines Mörders werde die Krone Serbiens nicht tragen“, ist in der Erinnerung an den alten Sünder Milosch geradezu lächerlich.

Was nun die Thronfolge betrifft und die Verwicklungen, welche sich daran knüpfen können, so wird die Lage bedeutend erschwerter, wenn die Prätendentenschaft des Knaben Obrenowich, des 12. oder 15. jährigen Neffen des ermordeten Michael, überhaupt angefochten wird. An sich kann diese Prätendentenschaft nur auf schwachen Füßen stehen, sowohl der Jugend des Prinzen halber, die eine Regentschaft nöthig macht, als auch weil derselbe ein Sohn jener Marie Obrenowich ist, die als Maitresse des Fürsten Kusa jener famosen nächtlichen Abdankungsscene zu Bukarest assistirte und dann mit Zenem das Weite suchte. Der Hauptrepräsentant der Familie Georgewich, jener flüchtig gewordene Alexander, lebt noch, hält sich in Wien auf, und ist ein so natürlicher Rival des Knaben Obrenowich, daß sich die Wiener Blätter sofort nach der Ermordung des Fürsten Michael eiligst davon überzeugten, daß derselbe nicht etwa nach Belgrad abgereist sei. Neben Alexander Kara Georgewich, der voraussichtlich Rußland wenig genehm sein würde, werden aber noch andere Prätendenten auf den serbischen Thron genannt, u. A. der Fürst von Montenegro, der Heißvorn der großserbischen, panslawischen Partei, dessen Erwählung voraussichtlich der Anstoß zu kriegerischen Konflikten sein würde. Der Einfluß der Pforte auf Serbien ist gleich Null; sie hat zwar noch ein Recht der Bestätigung der Fürstenwahl, seit sie jedoch die Festungen Serbiens und namentlich Belgrad geräumt hat, fehlt ihr die Macht, einer Nichtbestätigung Anerkennung zu schaffen; und wenn ihr der Tribut von 42,000 Ducaten, den sie fordern kann, geweigert würde, so möchte sie schwerlich versuchen, denselben exekutivisch einzutreiben.

Um auf alle Fälle gefaßt zu sein, hat die Pforte die Zusammenziehung eines Armeekorps an der serbischen Grenze beschlossen, und ist Omer Pascha bereits dahin abgegangen.

Die sächsischen Arbeitervereine machen wir hiermit noch besonders aufmerksam auf die Aufforderung des Vororts deutscher Arbeitervereine, Herrn Bebel, in Nr. 11 der „Deutschen Arbeiterhalle“, wonach sämtliche Arbeitervereine aufgefordert werden, spätestens bis zum 1. Juli zu erklären, an welchem Orte sie den nächsten deutschen Arbeitervereinstag abgehalten zu sehen wünschen. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung des Vereinstags (Programmfrage, Beschränkung, indirecte Steuern, Altersversorgungskassen u. s. w.) erscheint es uns äußerst wünschenswerth, einen Ort zu wählen, der ohne allzu große Kosten auch von den sächsischen Deputirten besucht werden kann. Nürnberg und Pforzheim haben sich um die Abhaltung des Vereinstags beworben, von

anderer Seite sind noch Mannheim, Coburg, Gotha und Heidelberg vorgeschlagen, jedoch ist nicht bekannt, daß einer der letztgenannten Orte bereit sei, eine auf ihn fallende Wahl anzunehmen und sich damit der sehr erheblichen Arbeit, welche die Vorkehrungen für den Vereinstag verursachen, zu unterziehen. Es erscheint demnach zweckmäßig, nur die Orte bei der Wahl zu berücksichtigen, welche sich um die Abhaltung des Vereinstags beworben haben, also Nürnberg und Pforzheim, und da dürfte es keinem Zweifel unterliegen, daß für Sachsen, Thüringen und die norddeutschen Vereine Nürnberg der passendste Ort ist. Der Arb.-V.-Berein Grimmitzschau und der Arb.-V.-Berein Leipzig haben sich auch bereits für Nürnberg ausgesprochen und wir möchten dem Wunsch Ausdruck geben, daß auch alle übrigen Vereine Sachsens bis zu dem genannten Termin (1. Juli) in gleichem Sinne sich erklären und diese Erklärung schriftlich an Herrn Bebel hier einsenden. Die Abstimmungsliste werden wir später in d. Bl. veröffentlichen.

Der Arbeiterverein zu Frankenberg hat an den norddeutschen Reichstag folgende Petition, um deren Veröffentlichung er uns ersucht, gegen die Gewerbegesetz-Vorlage gerichtet: „Dem hohen Reichstag ist der Entwurf einer Gewerbeordnung für den norddeutschen Bund zugegangen.

Leider vermag der Arbeiterstand nicht nur darin keine Errungenschaft zum Bessern zu erblicken, sondern er muß darin unzweideutig sehen eine Anzahl von Wegen zur Behinderung der Freiheit des Einzelnen, des Rechts eines jeden arbeitsfähigen und erwerbstüchtigen Menschen, weß Standes er auch sei, auf ausgiebigste Beschaffung seines Lebensunterhalts, auf Besserung seines geistigen und körperlichen Befindens und damit also gleichbedeutend des Rechtes auf möglichste Verlängerung des Lebens. Lehrt ja doch die medicinische Statistik aller Länder, daß die Stände und Berufsarten die größte Erkrankungs- und Sterblichkeitsziffer liefern, welchen die Bedingungen materiellen Wohlbefindens am kärglichsten zugemessen sind. Ein Hauch der reinsten Menschenliebe geht daher durch die Gesetze, welche möglichst alle Sonderstellungen, Sonderbegünstigungen aufzuheben bestrebt sind zum Frommen der Gesamtheit. Auch unser engeres Vaterland Sachsen hat sich mit leider noch nicht zu vielen andern deutschen Staaten zu dieser humanen Auffassung vom Volkswohle und den Mitteln zu dessen Förderung seit Jahren bekannt. Der norddeutsche Bund würde uns dieses heimathlichen Segens durch seine Gewerbeordnung berauben, das kommende Geschlecht müßte wieder mit dem Bebruf:

„Weh Dir, daß Du ein Enkel bist!“

in's bürgerliche Leben eintreten.

Wenn wir nun auch diese unsre Behauptung begründen könnten mit jenem ächt menschlichen Gefühle für gleiches Recht, gleiche Freiheit Aller, mit der Thatsache, daß dieses Gefühl mitten aus der schrankenlosen Willkühr mittelalterlich düsterer Anschauung vom Staate sich herausentwickelt hat zu immer allgemeinerer Geltung:

wenn auch für unsre Auffassung unverkennbar spricht die gesetzgeberische, sociale und geschichtliche Logik, die sich ausprägt in dem unbezwinglichen Zug unsres Jahrhunderts nach Geltendmachung der duldsamsten Humanität in allen Zweigen des Lebens;

wenn wir auch unschwer auf die Widersprüche zwischen Worten und Thatsachen, ja zwischen den Worten selbst hinweisen könnten aus dem Munde der Gegner der gewerblichen Freiheit und unbehinderten Beweglichkeit — wenn wir auf Grund alles Dessen einen richtigen Schluß ziehen könnten für die Wahrheit unsrer Auffassung von dem vorgelegten Entwurf:

so müssen wir uns doch dieser günstigen Stellung freiwillig begeben, einmal um die kostbare Zeit des hohen Reichstags nicht mit Längsbekanntem zu vergeuden, das andre Mal, weil wir in demselben weit hellern Gedankenblick, weit mächtigeren Donner der Beweisführung wissen.

Nur mit einer Thatfache sei uns gestattet, dem Gedächtniß und dem Urtheilsvermögen der Gegner der gewerblichen Freiheit, den Freunden des Zunftzwangs in irgendwelcher Form zu Hülfe zu kommen: mit den Erfahrungen bei uns in Sachsen.

Auch nach Einführung und Uebergang der vollen Gewerbefreiheit in's Bewußtsein des Volks sind weder Meister und Gesellen des hochlöblichen Handwerks, der ehrbaren Zunft, der altväterlich festgefügt, ungelenten Innung zu Grunde gegangen, wie sehr dies auch prophezeit war, noch ist der Entnehmer handwerklichen Fleißes übervorthelt, benachtheiligt worden, wie ganz klar bewiesen war; weder ist die gesetzliche Ordnung, Gesellschaft und Staat ohne feste Innungsnormen außer Rand und Band gegangen, noch hat darunter die Ausbildung gewerblicher Geschicklichkeit, handwerklichen Verdienstes gelitten.

Wohl aber steht so viel fest, daß das materielle Wohl Sachsens nach der Einführung der Gewerbefreiheit und durch dieselbe unaufhaltsam zum Bessern fortgeschritten ist und fortschreiten wird. Freilich muß der Einzelne klarer denken, mehr lernen und rühriger sein — gewiß nicht zum Nachtheil der allgemeinen Volks-Bildung und Volks-Hebung.

Wir fassen daher unsere Wünsche betreffs der beregten Gewerbeordnung dahin zusammen:

Der hohe Reichstag wolle den vorliegenden Entwurf der Gewerbeordnung für den norddeutschen Bund entweder im Sinne der vollen gewerblichen Freiheit, der unverfälschten Humanität umzuändern sich bewegen finden oder — wenn nicht thunlich — denselben vollständig als für das Wohl des Einzelnen unannehmbar ablehnen.“ —

So viel uns bekannt, sind derartige Petitionen gegen den Gewerbegesetzentwurf ferner in Sachsen erlassen worden von den Arbeiter-Vereinen in Leipzig, Glauchau, Crimmitschau, Chemnitz und Hainichen.

Der zweite Friedens- und Freiheits-Congress soll am 8. September d. J. in der Woche nach dem Congress der internationalen Arbeitervereinigung in Bern abgehalten werden. Vom Centralcomite der Friedens- und Freiheitsliga ist vorgeschlagen, dem Congress nachstehende Fragen zur Verhandlung vorzulegen:

I. Welches sind, mit Rücksicht auf Frieden und Freiheit, die Vorzüge der Abschaffung der stehenden Heere und der Einführung von Nationalmilizen, oder sogar einer allgemeinen Entwaffnung?

II. In welchen Beziehungen steht die ökonomische oder sociale Frage zu derjenigen des Friedens durch die Freiheit?

III. Welches sind in Beziehung auf Frieden und Freiheit die Vorzüge einer Trennung der Kirche vom Staate?

IV. Wie kann das föderative Princip in den verschiedenen Ländern ausgeführt, und auf welche Weise soll der Verband der Vereinigten Staaten von Europa hergestellt werden?

Für jede der vier Fragen ist ein Berichterstatter ernannt, welcher seiner Arbeit die von den Sectionen, Localcomites u. s. w. eingereichten Berichte — das Centralcomite fordert zur Einreichung solcher auf — zu Grunde legen wird. Die Schlüsse, welche der Berichterstatter in Form von Resolutionen redigiren wird, sind nach erfolgter Genehmigung des Centralcomites dem Congress zur Beschlussfassung vorzulegen.

Rede des Reichstags-Abgeordneten Liebknecht.

(Gehalten in der Berliner Volksversammlung am 14. Mai 1868.)

Meine Herren! Ich habe mit einigen kurzen Worten zunächst gesagt, was Herr Kasian vorgebracht hat, einzugehen (Unruhe im Saale. Ruf: Lauter!) — Sie müssen mich entschuldigen, ich bin soeben von einer anstrengenden Reise zurückgekehrt, und da ich ohnehin nicht ganz wohl bin, unfähig lauter zu sprechen. — Wenn Herr Kasian die Existenz der preussischen Hausmachtspolitik gelugnet hat und leugnet, so schlägt er damit der ganzen Geschichte in's Gesicht; ich kenne überhaupt keine Epoche der deutschen Geschichte, in der Preußen eine andere Politik als Hausmachtspolitik getrieben hätte. Ich nehme auch nicht das Jahr 1813 aus; die preussische Regierung verfolgte damals nur dynastische Zwecke, und beutete die nationale Bewegung zu ihrem eignen Vortheile aus. Man versprach dem Volk eine Verfassung, hat man das Versprechen gehalten? (Stimmen: Nein — bis auf den heutigen Tag nicht!) Das preussische Volk wurde um die Früchte der Befreiungskriege betrogen, die preussische Regierung befestigte ihre absolutistische Macht. Also selbst damals keine nationale, sondern rein dynastische Politik — Hausmachtspolitik. (Lebhafter Beifall.) Ich glaube, in diesem Saale wird Niemand sein, der das Jahr 1849 ein legendarisches Jahr für Deutschland nennen wird. Was ist die Folge dieses Krieges gewesen? Deutschland zerrissen, der blutige Scherben an der Mainlinie, Oesterreich hinausgeworfen aus Deutschland, Luxemburg preisgegeben. Und Sie, das preussische Volk, was haben Sie gewonnen? Hungersnoth in Ostpreußen, Mangel überall, das Geschick stockend, Hungertypus in Berlin, verstärkte Steuerlast! Wofür haben Sie gekämpft? Wer siegte in der Schlacht bei Königgrätz? Die Soldaten, Bismarck und das österreichische Volk! Wer ist befreit worden? Die österreichischen Soldaten und Junker und Sie, das preussische Volk! (Bravo!) Hier die Regierung siegreich, das Volk besiegt — dort die Regierung besiegt, das Volk siegreich. Sie, die Sieger, in Wirklichkeit die Geschlagenen. — (Lebhafteste Zustimmung.) M. H.! Nach den Aeußerungen wahrhaft deutscher Gesinnung, die hier in dieser Versammlung gefallen sind, halte ich mich dessen überheben, meinen besonderen Standpunkt hier noch darzulegen und zu verteidigen. Es giebt nur eine Demokratie, und Herr Kasian, der von norddeutscher und von süddeutscher Demokratie gesprochen hat, hat damit deutlich bekundet, daß er überhaupt keinen Begriff von Demokratie hat. Die Demokratie ist dieselbe in Nord- und Süddeutschland, in allen Kulturländern, überall verfolgt sie dasselbe Ziel, bekämpft denselben Feind. Wenn dann und wann ein kleiner Unterschied obzuwalten scheint, so liegt dies nur in der verschiedenen Kammerweise, welche die Verschiedenheit der Gegner und der Stellung notwendig macht. Meine Herren, ein Jeder setze vor der eigenen Thür, und das habe ich Ihnen mahnend zuzurufen. Weit entfernt uns die deutsche verteidigen zu wollen — ich sage „uns“ Süddeutsche, eigentlich bin ich kein Süddeutscher, ich bin aus Mitteldeutschland, aus Sachsen, und bin leider schon in diesem Käfig des norddeutschen Bundes um mich des passenden Ausdrucks meines Landmannes Bambergers bedienen, aber ich würde wahrhaftig froh sein, wenn man mich wieder heraus wäre. — Weit entfernt, uns verteidigen zu wollen, will ich hier anklagen. Nicht wir haben zu erörtern beim Anblick der jetzigen schwachvollen Zustände unfreies Vaterland. Der Süden hat die Freiheiten, die Sie nicht besitzen. Und ein Verdienst hat die deutsche Demokratie, von ihr ist stets der Freiheitsgedanke, ein demokratischer Hauch über das übrige Deutschland gekommen. Von uns aus ist nie ein Versuch gemacht worden, Deutschland zu knechten, wir haben nie gehört von einer badiſchen Spitze, von einer bayerischen Eisenpolitik, von einer württembergischen Hegemonie! (Weiterer Lachen Sie nicht, Württemberg ist klein, aber nicht in der Macht der Stolz der Völker, der Volksstämme, sondern darin, daß die Macht auf gerechte Weise benutzt wird. (Bravo! — Zischen.) — Der Stärkste Bravo!) Der Kleinste hat dasselbe Recht dieselbe Pflicht, der Starke, aber der preussische Staat — und hier klage ich an, daß seine Pflicht nicht erfüllt, er hat seine Macht mißbraucht, er hat Deutschland unterdrückt. Man spricht viel von dem Unheil der Kleinstaaten. Blicken Sie zurück auf das Jahr 1849! Damals sind von fast allen unsern Kleinstaatlichen die Reichs-Verfassung angenommen worden, überall mußten die Regierungen der Volksbewegung nachgeben; wer aber hat der Bewegung ein Ende gemacht? wer hat sie in Blut erstickt? wer hat die Freiheitskämpfer gestandrechtet? Preußen war es, es war die hohenzollerſche Hausmachtspolitik! Und im Bewußtsein stehen die Dinge noch heute ganz wie sie damals gestanden haben. Wie damals, so ist auch heute Preußen derjenige Staat, der die deutsche Freiheit und Einheit im Wege steht. Preußen ist nicht der Begründer der deutschen Einheit, es ist das Hinderniß derselben, hier rufe ich Ihnen zu: wie wir vor unserer eigenen Thüre zu kämpfen für unsere Pflicht halten, so haben auch Sie in verstärktem Grade diese Pflicht, und das ist die hohe Aufgabe, die Ihnen obliegt.

Ihnen vor Allem ist es, das Hinderniß der deutschen Einheit aus dem Wege zu räumen. Rechnen Sie ab mit Ihrer Militärmacht, rechnen Sie ab mit Ihrer starken Regierung, die schwach gegen Frankreich, stark nur gegen Sie ist, rechnen Sie ab mit einem System, das den Volkunterricht zum Werkzeuge der Verdummung gemacht hat, beseitigen Sie den Cäsarismus mit allen den giftigen Pflanzen, die darum und daran hängen, und dann, und nur dann haben Sie sich verdient gemacht um das Vaterland, dann haben wir das freie einigige Deutschland. Schon der Trieb der Selbsterhaltung gebietet Ihnen diesen Militarismus zu vernichten, der das Volk auslaugt, der es auf die Dauer selbst unfähig macht, das Vaterland zu verteidigen. Mancher von Ihnen ist vielleicht noch bezaubert von der als so gewaltig ausposaunten Leistung des Jahres 1866. Aber stellen Sie einen Vergleich an, meine Herren! Preußen hatte 19 Millionen Einwohner, als es den Krieg begann, die Nordstaaten Amerikas nach der Secession der Sklavenshalter vielleicht 20 Millionen. Nach 7jähriger Rüstung — denn die Reorganisation der Armee war die Vorbereitung auf diesen Krieg — wie viel Soldaten haben Sie auf die Beine gebracht? 600,000 Mann! Und die amerikanische Republik, die keine starke Regierung hat, wenn die Regierung sich gegen das Volk wendet, wie Sie jetzt in dem Prozeß gegen Johnson leben, — während eines Zeitraumes von 4 Jahren hatte sie über 1,000,000 Soldaten auf den Beinen und 6 bis 700 Fahrzeuge auf dem Meere schwimmen! Und 4 Jahre lang hat die amerikanische Republik diesen Krieg aushalten können; Sie dagegen, Sie haben einen 7tägigen einen 7wöchentlichen Krieg geführt und sind erschöpft, Sie haben die Hungersnoth in Ostpreußen, Sie haben Mangel und Noth überhüllt! — — — Ich wiederhole, meine Herren, Sie haben die Aufgabe, das Hinderniß der deutschen Einheit, die sen Staat Preußen aus dem Wege zu räumen. Hier in Berlin steht der Hauptfeind. Sie stehen ihm Angesicht zu Angesicht gegenüber. Thun Sie Ihre Pflicht! (Lebhafter Beifall und vereinzelt Zischen.)

Polen und der Rothe Prinz.

Der Commissvoyageur des großen Handelshauses „Napoleon sel. Erben“ ist wieder auf Reisen. Wir wollen nicht in das Geheimniß seines Proben- und Musterkastens einzudringen versuchen. Es ist auch sehr gleichgültig, ob er neue Handelsverbindungen anzuknüpfen beauftragt ist, oder in konstantinopolitanischen Eisenbahnen „macht“. Nur auf einen Artikel eigenstes Fabrikats seines Hauses wollen wir hinweisen, in welchem Plonplon besonders stark zu sein pflegt. Zwar ist es eine sehr schlechte Waare, allein mit französischem Firniß glänzend lackirt, wie sie ist, findet sie meistens einen reizenden Absatz. Dieser Artikel heißt: „Nationalitätsfrage“. Immer noch, wenn es daheim faul zu werden drohte, wenn eine Krisis im Anzuge war, wurde dieser Artikel auf den europäischen Markt geworfen. Nun herrscht in Paris schon seit einiger Zeit wieder eine bedenkliche Temperatur, und manches Anzeichen deutet darauf hin, daß abermals in der Nationalitätsfrage „gemacht“ werden soll.

Dieses Mal sind es die Polen, welche man zu beschwichtigen beabsichtigt. Die Polen sind es, welche sich von Seiten Plonplons einer ganz besonderen Aufmerksamkeit in Wien zu erfreuen haben. „Der Prinz vom Palais Royal zeigt sich“, heißt es, „mehr und mehr als Pole“. Und bezeichnend ist es, daß vor dieser seiner zweiten Rundreise in Brüssel eine Broschüre erschienen ist, welche den Titel führt: „Frankreich, Polen und der Prinz Napoleon“. Der Verfasser ist ein Pole, der lange Sekretär des Prinzen war, also eine von dessen Creaturen. Der Rothe Prinz wird in diesem Machwerk in den Himmel erhoben und den Polen gesagt, daß sie sich die schändlichste Undankbarkeit zu Schulden kommen lassen würden, wenn sie nicht bei der Wiederherstellung ihres Vaterlandes die allerhöchste Ehrenstelle, also die Krone, dem Better des französischen Kaisers anböten.

Wir lassen das Nationalitätsprinzip aus dem Spiele. Die Schweiz beweist, daß die verschiedensten Nationen einträch-

tig und zufrieden neben einander in einem Staate unter dem Banner der Freiheit existiren können. Die Italiener Lessins verlangen eben so wenig nach der väterlichen Umarmung Viktor Emanuels, wie die Bewohner der französisch-n Kantone nach dem Untertauchen in der „großen Nation“, oder die Allemannen nach den Segnungen des norddeutschen Bundes. Ebenso werden in dem freiheitlich sich entwickelnden Oesterreich die verschiedenen Nationalitäten friedlich sich zusammensuchen. Scheint dort das Treiben der Czchen das Gegentheil zu beweisen, so vergißt man, daß dieses von Rußland künstlich hervorgerufen ist und genährt wird, um Oesterreich in seinen staatlichen Bewegungen zu lähmen. Die Demokratie fordert die Wiederherstellung Polens kraft ihres Prinzips des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker und aus Gründen der Politik.

Da die deutsche Demokratie das freie Selbstbestimmungsrecht auch für sich selber fordert, so kann es ihr natürlich nie einfallen, die Polen nach ihrer Wiederherstellung hindern zu wollen, sich, wenn sie nach einem Könige Verlangen tragen, einen solchen zu suchen, wo ihnen beliebt. Aber es könnte ihr keineswegs gleichgültig sein, in der Person des Rothen Prinzen den Cäsarismus, den sie als ihren Todfeind bekämpft, weiter einwurzeln zu sehen. Die erwähnte Broschüre ist freilich nur ein Ballon, den man steigen läßt, um zu sehen, woher der Wind weht; allein die Polen selbst sollten sich bei Zeiten darüber klar werden, daß sie keine schlechtere und gefährlichere Wahl als die des Prinzen Napoleon treffen könnten.

Wir wollen vorläufig davon absehen, wer dieser Mensch ist, der heute in Polen eine Krone zu fischen sucht, wie 1859 in Toskana, während Italien für seine staatliche Einheit kämpfte. Wir wollen von diesem seinen Schwindel aufdeckenden Gebahren nicht reden, daß der Mann des Nationalitätsprinzips nach der Herrschaft über eine ihm fremde Nationalität trachtet. Auch von dem Widerspruch wollen wir schweigen, welchen die Polen begehen würden, wenn sie, ihre Wiederherstellung auf Grund des Nationalitätsprinzips fordernd, einen Franzosen zu ihrem Oberhaupte machten. Der Schwerpunkt der Frage liegt darin, daß Polen gemißbraucht werden soll, um Deutschland zwischen zwei Feuer zu bringen. Unter dem Rothen Prinzen wäre Polen nichts als ein Vasallenstaat Frankreichs, beauftragt, Deutschland in den Rücken zu fallen, so oft es Napoleon beliebt, es in der Fronte anzugreifen. Polen würde in eine dynastische Politik hineingerissen werden, die mit allen seinen Interessen in schneidendem Widerspruche steht. Denn nicht Deutschland, sondern Rußland ist der Feind, den das außerstandene Polen zu fürchten hätte. Oder kann man sich ernstlich dem Wahne hingeben, daß Frankreich im Stande wäre, Polen gegen den russischen Czaren zu schützen, wenn Deutschland auf die Seite von Polens Gegnern gedrängt wurde, und die freundschaftlichen Gesinnungen der beiden Nachbarvölker, die immer lebhafter hervorzutreten beginnen, durch die Künste einer dynastischen Diplomatie in ihr Gegentheil sich verkehrten? Haben die Napoleoniden, hat das französische Bürgerkönigthum für Polen je etwas anderes gehabt als schöne Redensarten? Prinz Plonplon auf dem Throne Polens wäre daher nur das geeignetste Mittel, diesen Staat wieder unter die russische Botmäßigkeit zurückfallen zu lassen. Man wird wahrlich in Paris kein Bedenken tragen, Polen zu opfern, nachdem es mitgeholfen, Deutschland herabzudrücken, um im Bunde mit Rußland die Herrschaft über das europäische Festland zu theilen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen. Die Polen mögen auf ihrer Hut sein, daß sie die Sehnsucht nach der Wiederherstellung ihres Vaterlandes nicht zum blinden Werkzeuge des Rothen Prinzen macht.

Programm der amerikanischen Republikaner für die bevorstehende Präsidentenwahl.

(Einstimmig angenommen von der National-Convention in Chicago.)

1) Wir wünschen dem Lande Glück zu dem gesicherten Erfolg der Rekonstruktionspolitik des Congresses, wie derselbe durch die Annahme der Allen gleiche bürgerliche und politische Rechte gebenden Constitutionen Seitens der Mehrzahl der ehemaligen Rebellenstaaten konstatiert ist. Es ist die Pflicht der Regierung, diese Institutionen zu wahren und zu verhüten, daß das Volk dieser Staaten in einen Zustand von Anarchie zurückversetzt wird.

2) Die Garantie gleichen Stimmrechts für alle loyalen Leute des Südens durch den Congress wurde durch jedwede Erwägung der öffentlichen Sicherheit, der Dankbarkeit und Gerechtigkeit gefordert und muß aufrecht erhalten werden, während die Regelung des Stimmrechts in allen loyalen Staaten dem Volk dieser Staaten zukommt.

3) Wir denunciren alle Arten von Repudiation als ein nationales Verbrechen. Die Ehre der Nation fordert die Zahlung der Staatsschulden mit der äußersten Gewissenhaftigkeit an alle Gläubiger im In- und Ausland, nicht allein nach dem Buchstaben, sondern auch nach dem Geist der Gesetze, unter denen sie contrahirt sind.

4) Der nationalen Arbeit schulden wir es, daß die Taxation gleichmäßig gerecht und so rasch, als es die nationalen Verpflichtungen erlauben, reducirt wird.

5) Die nationale Schuld, contrahirt zur Erhaltung der Union für alle Zeiten, muß über eine angemessene Frist für die Rückzahlung ausgedehnt werden, und es ist die Pflicht des Congresses, den Zinsfuß herabzusetzen, sobald dies ehrlicher Weise gethan werden kann.

6) Die beste Politik zur Verminderung unserer Schuldenlast ist die, unsern Credit so zu heben, daß die Kapitalisten uns Geld zu niedrigeren Zinsen leihen, als wir jetzt zahlen und weiter zahlen müssen, so lange Repudiation, partielle oder totale, offene oder verdeckte, gedroht oder geargwöhnt wird.

7) Die Regierung der Vereinigten Staaten muß mit der strengsten Sparsamkeit verwaltet werden; die Corruptionen, welche von Andrew Johnson so schamlos genährt sind, fordern laut eine radikale Reform.

8) Wir beklagen tief den unzeitigen und tragischen Tod Abraham Lincolns und bedauern den Eintritt Andrew Johnsons in die Präsidentschaft, welcher gegen das Volk, das ihn gewählt hat, und die Sache, die er zu unterstützen sich verpflichtet hatte, verrätherisch gehandelt, legislative und richterliche Funktionen usurpirt, die Ausführung der Gesetze verweigert, sein hohes Amt zur Berleutung anderer Beamten zu Gesetzmäßigkeit und Verletzung gebraucht, durch seine Exekutivgewalt, Eigenthum, Frieden, Freiheit und Leben der Bürger unsicher gemacht, das Begnadigungsrecht mißbraucht, die nationale Legislatur als unkonstitutionell denuncirt, hartnäckig und in corrupter Weise mit allen Mitteln jedem Rekonstruktionsversuch der ehemaligen Rebellenstaaten widerstanden, das Regierungspatronat in eine en gros Corruptionsmaschine verkehrt, mit Recht wegen high crimes and misdemeanours angeklagt und dieser Verbrechen und Vergehen durch das Votum von 35 Senatoren mit Zug schuldig befunden ist.

9) Der Doctrin Englands und anderer europäischer Mächte, wonach Jemand, der einmal Unterthan war, es stets sein soll, muß, als einem Ueberbleibsel der feudalen Zeiten, das durch das Völkerrecht nicht autorisirt und mit unserer nationalen Ehre und Unabhängigkeit unverträglich ist, auf jede Gefahr hin von den Vereinigten Staaten entgegengetreten werden.

Die naturalisirten Bürger sind berechtigt, in allen ihren Bürgerrechten wie Eingeborene geschützt zu werden. Kein Bürger der Vereinigten Staaten, gleichviel ob eingeboren oder naturalisirt, soll von irgend einer fremden Macht für Handlungen oder Worte, die in diesem Lande gethan oder gesprochen, verhaftet und eingesperrt werden und wenn dies doch geschieht, ist es die Pflicht der Regierung, zu seinen Gunsten einzuschreiten.

10) Unter Allen, die in den Prüfungen des letzten Krieges treu befunden wurden, gebührt Niemandem größere Ehre, als den braven Soldaten und Seeleuten, welche die Mühseligkeiten der Campagne und des Kreuzens erduldeten und im Dienst des Landes ihr Leben der Gefahr preisgaben. Die gesetzlich diesen tapferen Vertheidigern der Nation gewährten Bonusties und Jahrgelder sind eine nie zu vergeßende Verpflichtung. Die Wittwen und Waisen der tapferen Todten sind die Mündel des Volkes, ein heiliges, der schützenden Sorge der Nation übertragenes Vermächtniß.

11) Die Einwanderung, welche bisher den Wohlstand, die Entwicklung, die Hülfquellen und die Macht unserer Nation, des Asyls der Unterdrückten aller Nationen, gefördert hat, muß durch eine liberale und gerechte Politik weiter gefördert und ermunthigt werden.

12) Die Convention erklärt ihre Sympathie für alle unterdrückten Völker, welche für ihre Rechte kämpfen.

Weiße Sklaven.

XIII.

Aus dem Wuppertal wird der „Zukunft“ geschrieben: „In unserm schönen Thale frommer Hirten, das der vielgewanderte Alexander v. Sybel in einer Arbeiterversammlung unter schallendem Hohngelächter der Anwesenden das „gesegnete Wuppertal“ nannte, tumult's seit einigen Tagen. Die Arbeiter sind der Ansicht, daß sie zu viel arbeiten und nicht genug verdienen, und unterfangen sich, dies offen auszusprechen. Darob große Bewunderung unter den Herren Fabrikanten, die jetzt gerade zur Kurzeit das nöthige kleine Geld brauchen. In Barmen hat unter den Riemendrehern die Strike schon begonnen und, wie Sie wissen, ist ganz Barmen auf die Fabrikation der „Bänder, Kordel und Ligen“, also auf die Riemendreherei angewiesen. Die Arbeiter haben übrigens zu einer Einstellung der Arbeit den richtigen Moment gewählt. Just in den letzten Monaten hat das Geschäft, das hier wie überall seit Jahresfrist fast gänzlich brach gelegen hatte, einen bedeutenden Aufschwung genommen. Von Morgens früh bis spät in die Nacht hinein wird geschürt und doch ist man nicht im Stande, allen Bestellungen zu genügen. Sie können sich denken, daß den Arbeitgebern aus der unerwarteten Ruße ihrer Arbeiter nicht geringe Verlegenheiten dazwischen führen, daß in der wirklich traurigen Lage der hiesigen Fabrikarbeiter eine, wenn auch nur geringe Besserung eintritt. Wenn die Arbeiter sagen: „Die Liberalen haben für uns nichts als schöne Worte übrig, wir haben bisher für anständige Liberale gestimmt, die haben uns nicht geholfen, nun wollen wir es einmal mit anderen Leuten versuchen“, so wird man zugeben müssen, daß unter solchen Umständen die Agitation für ein Mitglied der liberalen Partei nicht leicht ist. Und diese Redensart konnte man bei den letzten Wahlen aus dem Munde eines jeden Arbeiters hören. Jetzt können die liberalen Fabrikanten ihre wohlwollende Gesinnung gegen die Arbeiter thatsächlich beweisen; hoffentlich bleiben sie uns diesen Beweis nicht schuldig. Im Uebrigen gehen die Arbeiter in durchaus

besseren und ruhiger Weise voran. Gleichzeitig mit den Riemendreherern in Barmen haben die Elberfelder Weber und Wirker eine Agitation für Arbeitslohn ins Leben gerufen. Das Comité der „Weber- und Wirker-Schaft“ hat die Fabrikanten durch die öffentlichen Blätter wiederholt aufgefordert, mit ihm auf gutlichem Wege über die Lohnverhältnisse zu unterhandeln. Die betreffende Comité-Sitzung war auf vergangenen Montag Abend anberaunt. Von den mehr als 300 beteiligten Fabrikanten erschien — kein einziger! Gewiß war diese Thatsache geeignet, die Arbeiter zu erbittern, dessenungeachtet haben sie am Montag Abend den sehr maßvollen Beschluß gefaßt: die Herren Fabrikanten noch einmal zu einer gemeinsamen Verabredung über die Lohnfrage aufzufordern und ihnen anheimzugeben, zu welcher Stunde und in welchem Lokale dieselbe stattfinden soll. Die Arbeiter sehen der günstigen Entscheidung bis Donnerstag Abend entgegen. Beharren die Fabrikanten in ihrer Verschwendung und sohren sie fort, der Verständigung aus dem Wege zu gehen, so wird auch in Elberfeld in den Webereien und Wirkerereien die Arbeit voraussichtlich eingestellt werden. Ueber die Folgen steht mir ein Urtheil nicht zu. Jedenfalls darf man die Sache nicht zu leicht nehmen; und der vorsorgliche Herr Oberbürgermeister von Elberfeld, der zartbesaitete Herr Lischke, hat bereits — da der Reichstag die Einsetzung des Comités zur Untersuchung von Thatsachen abgelehnt hat — seine Boten entsendet, um über die Lage und die Stimmung der Arbeiter sich zu erkundigen. Und es ist ihm berichtet worden, daß die Angabe der Riemendreher, für länglichen Lohn von Morgens 5 Uhr bis Abends 8 Uhr ohne Mittagepause arbeiten zu müssen, begründet war. Der Verfasser von „Europäisches Sklavenleben“, Herr Hadländer, hat, bevor er zu Amt und Würden stieg, lange Zeit in Elberfeld als Commis gearbeitet.

Aus England.

London, den 15. Juni.

Wieder ein Schritt vorwärts in der politischen Organisation des britischen Proletariats! Die Wichtigkeit des Arbeitercongresses zu Manchester besteht nicht in den Verhandlungen, welche gepflogen, noch in den Beschlüssen, welche gefaßt wurden, sondern darin, daß er überhaupt stattgefunden hat. Der Natur der Sache gemäß geht die engere Vereinigung und Verbindung der Fachgenossen der einzelnen Gewerbe einer Lokalität, der Vereinigung und Verbindung der einzelnen Gewerbe verschiedener Lokalitäten sowohl, wie der Vereinigung und Verbindung der verschiedenen Gewerbe einer Lokalität voraus. Bis zum Jahre 1824 waren Arbeiter-Vereinigungen und Verbindungen absolut verboten und wurden als Verschwörungen abgefaßt. 1824 wurden die sogenannten Kombinationsgesetze abgeschafft. Das Gewerbe-Vereinswesen hat mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Wie sich von selbst versteht, waren die ersten Gewerbe-Vereine einfache Zunftgesellschaften, die sich nur um ihre speziellen Fachangelegenheiten kümmerten. Die unabweidlichen Niederlagen, welche die Arbeiter der isolirten Fachgenossen erlitten, bedingten eine Erweiterung der Basis des Gewerbe-Unionswesens. Schon in den vorangegangenen Jahren wurden Versuche intergewerblicher und nationaler Verbindungen gemacht; sie scheiterten, theilweise an der engherzigen Gesinnung der Handwerker, hauptsächlich aber, weil die allgemeinen öffentlichen Verkehrsmittel, welche eine Hauptbedingung der proletarischen Organisation sind, nicht weit genug gediehen waren. Ohne den Dampf und das heu-

tige Postwesen wären die heutigen Gewerbe-Verbindungen unmöglich. Wie wäre es möglich, eine Union wie die der Amalgamirten Maschinenbauer zusammenzuhalten, ohne die Penny-Post und den Dampf? Diese Union erstreckt sich nicht allein über das Vereinigte Königreich in Europa, sie hat auch Zweig-Gesellschaften in Australien, in Amerika und in Frankreich. Wie wäre es z. B. möglich, mit den Verkehrsmitteln des achtzehnten Jahrhunderts die in London tagende Exekutive regelmäßig von Allem zu benachrichtigen, was den einzelnen Mitgliedern in drei Welttheilen zustoßt, und diese Nachrichten wieder in der Form von Monatsberichten mit dem Zusatz des finanziellen Zustands der ganzen Union und Rechenschaft des Thuns und Treibens der Exekutive in drei Welttheile zu verschicken? Wie wäre es möglich gewesen, periodisch Delegirte der verschiedenen Lokalitäten zu einer gewissen Stunde an einem Orte zu versammeln, um eine Conferenz abzuhalten? Diese Union umfaßt alle Gewerbezweige, die beim Maschinenbau erforderlich sind. Die Maschinenbauer von London waren die ersten, welche ihre Gewerbe-Verbindung auf einer nationalen Grundlage errichteten; ihre Union ist noch nicht zwanzig Jahre alt. Zunächst folgten die Baugewerbe, die Schuhmacher und in jüngster Zeit die Schneider, die Eisenarbeiter in den Minendistrikten und Andere. Während die Verbindungen der einzelnen Fachgenossen nationale Dimensionen annahmen, vereinigten sich die Fachgenossen der größeren Städte zu intergewerblichen Verbindungen. Diese Verbindungen bestehen darin, daß verschiedene Vereine einer Stadt Delegirte zu regelmäßigen Versammlungen schicken, in welchen die allgemeinen Arbeiterangelegenheiten besprochen werden. Diese intergewerblichen Verbindungen heißen Trades Councils — Gewerberäthe —, und die Personen, welche dieselben bilden, sind gewöhnlich die Hauptwortführer der respektiven Lokalitäten. Die erfolgreiche Wirkung dieser Gewerberäthe wird häufig gehemmt durch Differenz der Ansichten unter den Lokalgrößen, die zuweilen in persönliche Haderlei ausarten. Dieses ist leider gegenwärtig in London der Fall.

Ich habe hiermit in wenigen Worten eine Skizze der klassischen Arbeiterentwicklung und Organisation entworfen. Dasselbe Bedürfnis, welches die Maschinenbauer bestimmte, sich auf nationaler Grundlage zu verbinden, veranlaßte vor einigen Monaten den Gewerberath von Manchester, einen nationalen Arbeitercongress auszuschreiben. Dieser Congress wurde von den Gewerberäthen von 32 Städten des Nordens von England — der klassische Sitz der modernen Industrie — beschickt. Die Hauptstadt von Irland schickte einen Delegirten. London war durch George Potter, das störrige Element des Londoner Gewerberaths, vertreten. Nach der offiziellen Angabe vertraten die 34 Delegirten 118,367 Arbeiter. Die Denkschriften, welche über die verschiedenen Fragen, die ich bereits mitgetheilt, verlesen wurden, waren ein Echo der Zeitungsartikel und Reden der neueren Zeit über dieselben Fragen. Die Debatte enthüllte, daß selbst Wortführer der Arbeiter noch sehr im Dunkeln sind über die technische Bildung. In Betreff der Wirkung der Gewerbe-Vereine auf die auswärtige Konkurrenz wurde nachgewiesen, daß Ueberproduktion, nicht der durch die Gewerbe-Vereine erzwungene hohe Arbeitslohn, die Ursache unserer kommerziellen Misere ist. Kane, der Sekretär der Eisenhammer-Schmiede, wies nach, daß die Produktionskraft der sechs Grafschaften, Lancaster, York, Chester, Stafford, Nottingham und Leicester, die Produktivkraft der Handarbeit des ganzen Menschengeschlechts übertreffe. Ein anderer Sprecher wies nach, aus statistischen Berichten, daß sich die englische Eisenproduktion während der letzten 5 Jahre beinahe verdoppelt, die belgische in 8 Jahren kaum um ein Viertel vermehrt

habe. Die Beschlüsse, welche gefaßt wurden, waren nur Ausdrücke von Ansichten und Meinungen. Der letzte gefaßte Beschluß lautete: „Es ist höchst wünschenswerth, daß die Gewerbe des Vereinigten Königreichs jährlich einen Congreß halten, um sich inniger zu verbinden und thätige Schritte zu thun in allen parlamentarischen Vorgängen, welche das allgemeine Interesse der Arbeiterklasse betreffen.“ In diesem Beschluß spukt das Proletariatsgespenst der Zukunft, die Anmaßung der Arbeiter, dem Parlament, der Staatsmacht der Besitzenden, Vorschriften zu machen und sein Thun und Treiben nach eigenem Gutdünken zu beurtheilen. Die nächste Anmaßung ist unvermeidlich die Ergreifung des Staatsruders selbst. Der nächste Congreß soll in Birmingham stattfinden; die Zeit ist dem Birminghamer Gewerberath überlassen zu bestimmen.

Aus Amerika.

New-York, den 21. Mai.

Das große Schauspiel ist vorläufig zu Ende gegangen und zwar so, wie es der in den herrschenden Parteien vormalenden Gesinnung entspricht. Das Stimmen-Verhältniß 35 zu 19 ergibt gerade 1 Stimme weniger, als zur Beurtheilung nöthig war, und dabei hat Ben Wade, der bis dahin niemals mit gestimmt hatte, trotz dem Geschrei von niedriger Gesinnung und Selbstsucht, sein „Schuldig“ mit in die Waagschale gelegt. Es sind also gerade so viel Senatoren der republikanischen Partei gekauft worden, als zur Freisprechung erforderlich waren, d. h. die demokratische Partei, die Whiskey-Brenner und andere an Johnsons Bleiben Interesse nehmenden Leute waren so sparsam, nicht mehr Geld auszugeben, als gerade nöthig war. Wäre ein für die Beurtheilung stimmender Senator z. B. durch Krankheit am Stimmen verhindert worden, wie es am 12. Mai den Anschein hatte, so hätte man eben mit weniger Dollars auskommen können. Vergleichen wir mit den Prozeß gegen Karl I. und Ludwig XVI. den gegen Johnson, so haben wir hier eine bis ins innerste Mark angefressene Gesellschaft, welche ökonomisch zur Herrschaft berufen und daher mit neuen Ideen geschwängert ist. Jene Ereignisse waren großartig, ja erhaben zu nennen; das Verfahren gegen Johnson gehört in das Gebiet des niedern Possenspiels. — Natürlich wäre der Erfolg ein anderer gewesen, wenn der Präsident des Senats ein Halber, ein Gothaer gewesen wäre; aber Wade ist stets entschieden, grob, unbestechlich gewesen. Johnson wurde für unschuldig erklärt, weil Wade schuldig war sein Nachfolger zu sein. Und wozu dienen die endlosen Reden und Formstreitigkeiten, welche so langweilig waren, daß man denjenigen, der nachweisen konnte alles das gelesen zu haben, bei Barnum ausstellen wollte? Auch ist der Prozeß noch gar nicht zu Ende und wird vielleicht über Johnsons Amtsdauer hinaus fortgeführt.

Die Convention der republikanischen Partei in Chicago hat die innere Fäulniß derselben von neuem bekräftigt. Etwas Erbärmlicheres als diese Plattform kann ich mir nicht vorstellen, sie entspricht freilich der Bedeutung des Candidaten Grant. Wenn die demokratische Partei in ihrer Convention im Juli das volle Regier-Stimmrecht auf ihre Fahne schreibt, was nicht ganz unmöglich ist, so ist der Schein vernichtet, daß die republikanische Partei der Freiheit mehr diene. Die Arbeiter beabsichtigen in Pittsburg eine Convention abzuhalten, um selbständig einen Kandidaten aufzustellen. Wie es scheint, ist der Plan aufgegeben und die Nationale Arbeits-Partei wird

bei der demokratischen Convention Einfluß zu erlangen suchen. Die Geheimgeschichte der ganzen Präsidentschaftsmacherei ist die Bezahlung der Schulden in Gold oder Papiergeld oder die Repudiations-Frage. Der große Banquier Belmont, der die demokratische Convention in Scene setzen wird, ist mit Grant's Rominirung im Grunde einverstanden, denn sie ist im Interesse der Bonds-Besitzer. Eine Aufstellung Bendletons, welcher entschieden die Anschauung des Westens in Betreff der Schuldenfrage vertritt, ist ganz unwahrscheinlich. Wenn die Arbeiter gewonnen werden sollen, so geschieht es durch diese Finanz-Maßregel.

Die Anschauungen Ihres Londoner Correspondenten über die amerikanischen Parteien haben hier allgemeine Anerkennung gefunden; leider kenne ich kein Blatt in den Vereinigten Staaten, welches diesen Standpunkt vertritt; selbst der Workingmen's Advocate begnügt sich mit sehr oberflächlichen Betrachtungen über die Arbeiterfrage. Auch das deutsche Blatt, welches wir bald erwarten, wird kaum diese Erwartungen befriedigen.

Vermischtes.

— Die Staatsausgaben von Europa. Roll berechnet in seiner neuen Ausgabe der Statistik, daß die Einkünfte aller europäischen Staaten sich auf die ungeheure Summe von ungefähr 2800 Millionen Thalern belaufen, wovon, nach Abzug der Erhebungskosten und des Aufwandes für Betrieb der Staatsanstalten, beläufig 2240 Mill. netto verbleiben. Da aber der Bedarf auf 2500 Mill. steigt, so ergibt sich alljährlich unter normalen Verhältnissen ein auf 260 Mill. Thaler veranschlagtes Deficit. Von der Hauptsumme erfordern die Höfe 59 Millionen = 2,63 Proz., das Militär 780 Mill. = 44,82 Proz., und die (größtentheils durch das Heerwesen veranlaßten) Staatsschulden 844 Mill. = 37,23 Proz. Die genannten drei Posten nehmen sonach allein 1673 Mill. oder 74,79 Proz. hinweg und nur ein Viertel bleibt für Deckung der unmittelbaren geistigen und materiellen Bedürfnisse der Staaten.

Nach den letzten statistischen Nachrichten beläuft sich die Zahl der Cooperativ-Genossenschaften (Consum-, Credit-, Produktionsvereine) in der Schweiz auf 4000. Der Kanton Basel mit 41,000 Einwohnern zählt 126 Genossenschaften, der Kanton Schaffhausen mit 30,500 Einwohnern 87 und der Kanton Genf mit 81,000 Einwohnern 220 Genossenschaften.

Im Jahre 1865—1866 hat es in Großbritannien 55,600 Personen gegeben, welche für das Recht ein Wappen zu führen, an die Krone 433,560 Thlr. bezahlt haben. Zehn Jahre vorher betrug diese Eitelkeitssteuer nur 371.793 $\frac{1}{3}$ Thaler. Auch ein Fortschritt.

Frankfurter Zeitung

(Auflage 8500.) und Handelsblatt. (Auflage 8500.)

Der Abonnementspreis im Norddeutschen Bunde außerhalb Preußens beträgt 1 Thlr. 27 $\frac{1}{2}$ Sgr. per Quartal. Abonnements werden bei allen Postämtern angenommen. Frankfurt a. M., im Juni 1868.

Die Expedition der Frankfurter Zeitung.

Verantwortlicher Redacteur: B. Liebknecht.
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig.

Druck und Verlag: G. W. Volkmar.
Expedition: Windmühlenstraße 14.